

es geht alles nur noch mit Hängen und Würgen.“

Koschnick: „Unsere Leute in den Betrieben stöhnen: ‚Wir schlucken Kröten, Kröten – und am Ende springt die FDP doch ab.‘ Die Leute sagen: ‚Dann lieber weg, dann sind wenigstens die Feindbilder eindeutig.‘“

Die Entscheidung über die Zukunft des Bündnisses will SPD-Chef Brandt allein dem Kanzler überlassen. Ein SPD-Präside: „Seine Entscheidung ist unsere Entscheidung. Schmidt wird keinem den Schwarzen Peter zuschieben können – selbst wenn er es wollte.“

Ähnlich argumentiert Schmidts Intimfeind Erhard Eppler. Es sei zwar „nicht

Die dauernde Zerreißsituation halten Führung und Partei nicht aus.“

Andere Rechte wurden noch deutlicher. Von der SPD dürfe man sich „nicht alles zumuten lassen“, so Landwirtschafts-Staatssekretär Georg Gallus: „Wenn wir nicht glaubwürdig bleiben können, muß Schluß sein.“

Doch nur wenige – etwa Lambsdorff und Hans Gattermann – steuern offen den Bruch an, indem sie die Meßlatte für eine Einigung bewußt in unerreichbare Höhe legen wollen. Viele scheuen die Risiken eines Wechsels.

Das Klima war gereizt. Baums Staatssekretär Andreas von Schoeler nahm sich Lambsdorff vor, dessen öffentliche

NAHOSTPOLITIK

Weißer Fuß

Bonner Politiker üben nur intern heftige Kritik an Israels Vorgehen im Libanon. Sie sind überzeugt, die Israelis hätten die Invasion mit den USA abgesprochen.

Annemarie Renger, sonst Streiterin für die Sache Israels, zweifelt an der Weisheit ihrer politischen Freunde in Jerusalem. Wann immer es sonst galt, im Gegeneinander der nahöstlichen Interessen Stellung zu beziehen oder Aktionen für die palästinensische Sache zu bewerten, stets schlug sich die Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe auf die Seite ihrer Freunde. Jetzt aber, drei Wochen nach dem militärischen Einfall im Libanon, spricht sogar sie die Israelis schuldig, das Völkerrecht verletzt zu haben.

Dem Knesset-Abgeordneten Dov Ben-Meir übermittelte Frau Renger brieflich „die Sorge und die Bestürzung“ der Bonner Israel-Lobby: „Wir fürchten als Freunde, daß Israel durch seine gegenwärtigen Aktionen ... die Wege zum Frieden erschwert.“

Die dezente Mahnung gehört noch zu den schärferen Tadeln, die derzeit in Bonn an der israelischen Invasion geübt werden. Die Belastung durch eine Vergangenheit, die erst eine Generation alt ist, läßt die deutschen Politiker entweder verlegen schweigen oder nur im kleinen Kreise hart urteilen.

Nur wenige in Bonn nennen Israels Aggression beim Namen, nur wenige warnen vor den Folgen: „Historische Schuld trägt man nicht dadurch ab“, so der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Donnerstag letzter Woche im Bundestag, „daß man den Mund hält.“ Kaum einer mag, so wie der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer, öffentlich gegen einen Anspruch Israels auftreten, seine Kriegszüge und das Blutvergießen Unschuldiger mit Sonderrechten zu rechtfertigen. Schäfer: „Wir müssen endlich etwas gegen den israelischen Expansionsdrang tun, mit Appellen kommen wir nicht weiter.“

Nicht einmal zu Appellen reichte es im Bonner Parlament. Im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages blockierte am Mittwoch eine große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten eine geplante Libanon-Entschließung, weil sie zu Israel-kritisch schien. Es sei schwierig, „zu jedem Konflikt etwas zu sagen“, suchte der Sozialdemokrat Norbert Gansel nachträglich die Zurückhaltung zu erklären: „Gegenüber den Israelis sind wir immer etwas befangen.“

Helmut Schmidt, seit Jahren prominenter Gegner des israelischen Premiers Menachem Begin, fand in seiner Regierungserklärung kein Wort der Kritik: „Seine Meinung ist klar“, berichten Ver-



Frankfurter Allgemeine Zeitung

mehr wichtig, ob das in Bonn direkt zu Ende geht oder später“. Aber: „Schmidt muß selbst entscheiden, sonst bekommen wir eine Dolchstoßlegende.“

So einfach machen es sich die Freidemokraten nicht. In der Fraktionssitzung am Dienstag voriger Woche prallten sie heftig aneinander. Die atmosphärischen Störungen zwischen Mischnick und Genscher waren für alle „schon an dem Gesicht zu erkennen“, wie ein Teilnehmer beobachtete, „das der eine machte, wenn der andere redete“.

Jürgen Möllemann vom rechten Flügel erregte sich, daß inzwischen alle über den Vorsitzenden herzögen. Baum, so schimpfte er, übernehme „die Sprache des Gegners“. Doch Genscher bekam auch noch etwas ab. Jetzt seien schnelle Entschlüsse erforderlich, Möllemann: „Entweder wir kriegen das hin, dann muß bis 84 Ruhe sein, oder es ist Schluß.“

Angriffe er als „menschlich unanständig“ bezeichnete.

Und Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin in Genschers Außenamt, bekam viel Beifall, als sie von ihrer „doppelten Loyalität“ gegenüber Partei und Wähler sprach. Sie wolle gern in die Sommerpause „mit dem Gefühl gehen, daß ich die Loyalität gegenüber dem Wähler gewahrt habe“. 1980 aber habe sie den Bürgern versprochen, mit Kanzler Schmidt bis 1984 zu regieren.

Die Befürworter eines Wechsels merkten, daß sie ins Hintertreffen gerieten. Sie schickten Gattermann und Gallus mit einer Mahnung zum Parteivorsitzenden: Er müsse sich mit Mischnick wieder arrangieren, kräftige Streichungen im Sozialbereich seien unabdingbar.

Notfalls, so forderten die „Canalarbeiter“ der FDP, solle in Neuwahlen ein Votum für diese Politik eingeholt werden.



Arabien-Besucher Carstens, Gastgeber Fahd*: Druck auf Amerikaner und Israelis?

traute aus internen Beratungen, der Kanzler sehe in Begin ein „prominentes Sicherheitsrisiko“, aber – „er hält sich zurück“ – auch aus Sorge vor neuem Ärger mit den USA.

Auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der noch vor Jahresfrist zu den Anwälten palästinensischen Selbstbestimmungsrechts zählte, beläßt es bei diplomatischen Wendungen. Er ist vornehmlich darüber erzürnt, daß Begin nur wenige Stunden nach Genschers Abreise aus Jerusalem am 4. Juni seine Flugzeuge zur Bombardierung Beiruts befahl, ohne ihm vorher einen Hinweis gegeben zu haben. Genscher vor Vertrauten: Begins „unglaubliches Vorgehen“ und die „verrückten Israelis“ beschwören die Gefahr eines „großen Nahost-Krieges“, der auch Westeuropa in Mitleidenschaft ziehe.

Klammheimlich empfing Genscher vorletzte Woche den Bonner PLO-Vertreter Abdallah Al Frangi – aus protokollarischen Gründen nicht im Büro des Außenministers, sondern in den Räumen der FDP-Zentrale. Der Palästinenser beklagte sich, die deutsche Nahost-Politik sei „unfähiger“ geworden. Frangi bitter: „Man ist zu einem Stillstand gekommen.“

Dazu Genscher: Der PLO-Emissär sei „sehr bedrückt“ gewesen.

Wie gelähmt sehen die Bonner zu, daß die Israelis ihren Krieg unter Bruch des Völkerrechts, aber offenbar mit Sympathie der US-Regierung in Washington weiterführen. Vom ersten Schuß an konnten Bonner Nahost-Fachleute keine klare Linie in der amerikanischen Reaktion auf Begins Blitzkrieg erkennen.

Inzwischen hörten die deutschen Politiker aus Berichten von Nachrichtendiensten, daß die sorgfältig vorbereitete Aktion der Israelis zuvor mit Washington abgesprochen worden sei. „Als Gen-

scher noch ahnungslos in Jerusalem konferierte“, berichtet ein Bonner Sicherheitsexperte, „waren die Amerikaner längst eingeweiht.“

Kein Wunder, daß die offizielle Bonner Politik lieber „auf Mittelkurs“ (Genscher-Sprecher Karl Theodor Paschke) bleibt und „nicht den Hannemann macht“ (Schmidt-Sprecher Klaus Bölling); den Freunden Israels ist das recht: Die Besetzung Beiruts, der Tod Tausender von Zivilisten im Libanon erscheint so als Polizeiaktion gegen die PLO. Vielleicht biete die Invasion „eine Möglichkeit“, hofft der

CSU-Abgeordnete Hans Klein, „eine zweite sichere Grenze für Israel zu schaffen“. Ihm falle es „nicht ein, den Israelis hier altkluge, distanzierte Ratschläge zu erteilen“.

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher (FDP), empfindet ähnlich. Sie räumt zwar ein, die Israelis seien „übers Ziel hinausgeschossen“. Aber man müsse ihre Motive „verstehen“. Und im übrigen sehe man ja, was die Araber täten: „Nichts.“

Auch Bundespräsident Karl Carstens kam mit diesem Eindruck aus Arabien zurück. Nach einem Kondolenzbesuch

* Oben: am 17. Juni in Dschidda; unten: mit dem Bonner Israel-Botschafter Niels Hansen in der Gedenkstätte Yad Vashem.

beim neuen saudischen König Fahd berichtete er, die Öl-Prinzen dort wünschten einen von Israelis und PLO freien Libanon.

Umgehend beschwerten sich Carstens Gesprächspartner bei einem anderen Besucher aus Bonn, dem FDP-Abgeordneten Jürgen Möllemann: Der Präsident habe das falsch wiedergegeben. Fahds Vorgänger Chalid, erzählten die Araber ihrem Gast Möllemann in Dschidda, sei an gebrochenem Herzen über das Schicksal der Palästinenser im Libanon gestorben.

Die saudische Bitte an Bonn: Um einer Radikalisierung im arabischen Lager zuvorzukommen, müßten die Europäer jetzt Druck auf Amerikaner und Israelis ausüben, am besten mit einer neuen Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft, die Israel die Grenzen weise.

Daß es dazu beim Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs Anfang dieser Woche in Brüssel nicht kommt, haben Bonner Diplomaten bereits erreicht. Sie handelten in den Vorverhandlungen der Zehn eine Erklärung aus, die Israel von allen Sanktionen verschont.

Engländer, Franzosen und Griechen hatten vergeblich für eine Bestrafung Israels gestritten. Ein hoher Diplomat aus Genschers Außenamt gibt sich pragmatisch: „Manche Europäer glauben, man müsse die Israelis in die Kanne schicken, um sich bei den Arabern einen weißen Fuß zu holen. Die Europäer allein können gar nichts bewirken, nur mit den Amerikanern – aber die wollen nicht.“



Israel-Besucher Genscher (r.): „Die verrückten Israelis“